

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gehr. Uebeloh, Dresden
und Sachse Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bruttosteuern mit dem monatlichen Postzuschlag für einen halben Monat 1,20 M., für einen Monat 1,80 M., für ein Jahr 18,00 M.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 16, Fernsprecher Nr. 2361, Ehrenkürde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 16, Fernsprecher Nr. 25261 und 12777
Öffnungszeiten von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Neuapostrophe 20 Pf., die 30 mm breite Neulandzeitung 1,50 Pf., für ansonstige Anzeigen 35 Pf. und 2 Pf. für Anzeigen in den Ersten- und Zweitblättern 40 Pf. Rabatt für Vierteljahresbestellung 10 Pf.

Nr. 272

Dresden, Dienstag den 23. November 1926

37. Jahrg.

Die Stimme des Sozialismus

Beschlüsse der Vierländer-Konferenz — Für internationale Verständigung — Rheinlanddrängung — Abrüstung — Achtfundentag

SPD. Luxemburg, 22. Nov. Die sozialistische Vierländerkonferenz hat nach Vorberatung durch eine Interkommission am Schluß ihrer zweitägigen Tagung folgende Entschlüsse einstimmig zum Beschluß erhoben:

I. Die am 21. und 22. November 1926 in Luxemburg versammelten Vertreter der belgischen, deutschen, englischen und französischen Sektionen der Sozialistischen Arbeiterinternationale stellen mit Genugtuung fest, daß als Ergebnis der Konferenz von London und Locarno, der Völkerbundtagung von 1926 in Genf und der Zusammenkunft von Weizsäcker wesentliche Fortschritte in der Verständigung und der Beseitigung der europäischen Wälder erzielt worden sind. Diese Fortschritte sind durch sozialistische Tagungen vorbereitet worden.

Heute gehalten die erzielten Ergebnisse und die dadurch geschaffene günstige Atmosphäre den Sozialisten, eine neue Stufe der Fortschritte ins Auge zu fassen. Sie wollen auch heute durch ihre Initiative und unter ihrem Druck von den Regierungen die notwendigen Entschlüsse erwirken, um

das Werk des Friedens vorwärtszutreiben

und um die Konfliktsstoffe zu beseitigen, die noch zwischen Deutschland und Frankreich bestehen; denn die aufrichtige Verständigung zwischen beiden Ländern bleibt die wesentliche Voraussetzung des europäischen Friedens.

II. Die Resolution der Berliner Konferenz vom April 1925 habe bereits festgestellt, daß „der Frieden in Europa und die Sicherheit Frankreichs ihre höchste Garantie in einer Stärkung der Republik und der Demokratie in Deutschland haben“. In Deutschland und fast überall in Europa besteht eines der gefährlichsten Hindernisse, die der wirklichen Befriedigung entgegenstehen, noch immer in der Propaganda der reaktionären Parteien und der militaristischen Eliten.

Die Gefahr wird dadurch gesteigert, daß sich faschistische Parteien in verschiedenen Ländern Europas, Italien, Spanien, Ungarn, im Besitze der Macht befinden und ihr Regime der Unterdrückung nur aufrechterhalten können, indem sie wahnsinnige Abenteuer suchen, um nationalistische Instinkte zu fördern und die Verwirrung der Massen von innen Druck zu finden.

III. Die Resolution der Sozialistischen Internationale in Genf, den Kampf gegen den Faschismus auf allen Gebieten fortzusetzen und den unterdrückten Proletariaten mit materieller und moralischer Hilfe beizustehen, deren Rufen nicht nur der eigenen Befreiung, sondern auch der Befreiung der gesamten Menschheit von einer Gefahr gilt, die den Frieden ständig bedroht.

IV. Die wirkliche und dauernde deutsch-französische Annäherung, die für die Festigung des Friedens unerlässlich ist, ist

notwendig das baldigste Ende der militärischen Befehls- deutschen Verbände

schon auf der Frankfurter Konferenz vom Februar 1922 hatten die in Luxemburg vertretenen Parteien erklärt: „Solche Abmachungen verletzen die Gebote der Bevölkerung der besetzten Gebiete und verschlingen die von Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufzubringenden Mittel, erzeugen immer von neuem Haß gegenüber den Besetzten und bergen in sich die Gefahr neuer Konflikte.“

Eine der wesentlichsten Aufgaben der sozialistischen Parteien besteht also darin, eine schnelle Lösung des Problems der Rheinlanddrängung herbeizuführen. Die Ausschaltung des Dames-Pianes durch Deutschland, den Eintritt in den Völkerbund und das Inkrafttreten der Verträge von Locarno in den Regierungen, eine schnelle Lösung dieser Frage ins Auge zu fassen. Es ist die Aufgabe der beteiligten sozialistischen Parteien, diese Lösung der Frage zu beschleunigen und die Schwierigkeiten aller Art zu beseitigen, die sich ihr noch entgegenstellen. Es muß insbesondere vermieden werden, daß finanzielle Schwierigkeiten ein Hindernis für die baldige Räumung bilden, die der internationale Sozialismus für unerlässlich hält.

V. Sinegen haben die sozialistischen Parteien erkannt, daß die

Räumung des Rheinlandes mit einer befriedigenden Lösung der Abrüstungsfrage praktisch verbunden

Deutschland hat sich verpflichtet, abzurufen „und die Einsetzung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“. Die in Versailles vertretenen Regierungen sowie alle Regierungen, die in den Völkerbund eingetreten sind, haben die freiwillige Verpflichtung übernommen, diese Abrüstungsbeschränkung zu bewerkstelligen. Die organisierte Arbeiterschaft aller Länder muß die Erfüllung dieses Versprechens mit Entschiedenheit fordern.

Die Luxemburger Konferenz stellt fest, daß nach dem Abschluß der schiedlichen Vorarbeiten die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz nur noch von dem Willen der Regierungen abhängt. Die Konferenz erklärt, daß

jede ungerechtfertigte Verzögerung die schlimmsten Folgen haben würde.

Ein Verstoß des Völkerbundes auf diesem Gebiet würde zu einer Krise des Völkerbundes führen. Der Völkerbund muß die allgemeine Abrüstung unterstützen und schließlich in Ausführung nehmen und damit die Kontrolle der Abrüstung für alle Völker durchführen.

Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs müssen auf ihre Regierungen einen Druck ausüben, damit diese den nötigen guten Willen zeigen, die eine, um die letzten von Deutschland vertretenen Abrüstungsmaßnahmen bald durchzuführen, und die andere, um zu verhindern, daß durch schändliche Verzögerungen die notwendige Abrüstung der internationalen Abrüstungskonferenz hinausgeschoben wird.

Die Kontrolle der deutschen Abrüstung kann in Zukunft nur im Rahmen einer allgemeinen Konvention gedacht werden, die

allen Staaten gleiche Rechte gewährt und gleiche Pflichten auferlegt,

wie übrigens auch die Abrüstung Deutschlands nur denkbar ist im Hinblick auf die Weltabrüstung.

Bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Gesamtorganisation ausgebaut sein wird, und um die Abrüstung der rheinischen Gebiete nicht hinauszuverschieben, würde es sich empfehlen, daß der Völkerbund eine aus Vertretern von Bundesmitgliedern bestehende zivile Kommission bildet, in der Deutschland vertreten ist. Es darf keine Anstrengung gescheit werden, um zu erreichen, daß in den für die Abrüstung des Rheinlandes durch ein anderes ersetzt wird, das einen itrenge vertraglichen Charakter hätte und auf der Grundlage strikter Gegenseitigkeit stehen müßte, um die Feststellungen zu treffen, die notwendig sind, um den Eintritt der Verträge von Locarno am wirksamsten zur Anwendung zu bringen.

Die Abschnitte fünf und sechs befaßten sich mit dem Saargebiet und der Streichung der internationalen Kriegsschulden.

VII. Die Konsolidierung des Friedens hängt zum großen Teil von der Entwicklung des weltwirtschaftlichen Solidarisierungsfähig ab. Die Luxemburger Konferenz stellt die wichtigsten Fortschritte fest, die auf diesem Gebiete in den letzten Monaten erzielt worden sind, deren Notwendigkeit so oft von der Internationale unter Angabe der geeigneten Mittel und Wege betont worden ist.

Über die sozialistischen Parteien dürfen nicht den Großkapitalisten die Leitung der neuen Gebilde überlassen, in denen die Erzeugung und der Austausch der Güter sich konzentrieren. Sie müssen unabhängig kämpfen, um eine größere Beteiligung des Staates und der Arbeiterorganisationen an der Leitung dieser Gebiete zu sichern, in denen alle Kräfte der Wirtschaft zusammenfließen. Sie müssen besonders dafür sorgen, daß unter den neuen Verhältnissen, die die industrielle Entwicklung geschaffen hat, die Löhne und Arbeitsbedingungen gesichert werden.

Die Konferenz erinnert die vertretenen Parteien an die Notwendigkeit, in ihren Ländern die

Konkretisierung des Washingtoner Abkommens über den Achtfundentag durchzuführen. Dies ist eines der wichtigsten Mittel, den neuen Ansätzen genügend abzusichern, den der internationale Sozialismus auf eine der wertvollsten Errungenschaften des Proletariats unternimmt. Die Konferenz erinnert außerdem an die entsprechenden Beschlüsse der Brüsseler sozialistischen Konferenz vom Januar 1925.

Die Arbeiter dürfen sich nicht von der Wirtschaftskonferenz ablenken lassen, die der Völkerbund vorbereitet und bei der ihre Interessen so offenkundig auf dem Spiele stehen. Die Luxemburger Konferenz ersucht die Sozialistische Arbeiterinternationale, sich mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Verbindung zu setzen, damit eine gemeinsame Zusammenkunft noch vor dem Zusammentritt der obigen Konferenz einberufen werde, um dort die geeigneten Propaganda- und Aktionsmaßnahmen festzulegen.

Strefemanns Presseskandal

Der Außenminister kaufte heimlich die DAZ. — Kritik durch die Presse der Regierungsparteien

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Am Montag hat der vom Parlament bestellte Reichsaussenminister vor dem Auswärtigen Ausschuss den bisherigen nichtssagenden offiziellen und offiziellen Verlautbarungen über das Verhältnis des Herrn Strefemann zur Deutschen Allgemeinen Zeitung, eine fast ebenso nichtssagende Erklärung hinzugefügt. Es ist nur bedauerlich, daß der Reichskanzler dieser Verlautbarung keine Zustimmung gegeben hat und damit leider einen Schritt unternahm, der auf eine fortgesetzte Täuschung der Öffentlichkeit hinausläuft. Vernehmen wir, was der selbstherrliche Reichsaussenminister zu erklären wagte:

„In einer Reihe von Zeitungen sind Mitteilungen über Beziehungen der Reichsregierung zu der Deutschen Allgemeinen Zeitung verbreitet worden, die in ihren Einzelheiten nicht richtig sind. Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler stelle ich darüber das Folgende fest:

Von dem gesamten Verlagsunternehmen der Deutschen Allgemeinen Zeitung, das seinerzeit von der preussischen Regierung im August 1925 erworben wurde, ist im April dieses Jahres die Zeitung auf das Reich übergegangen, soweit die Mehrheit der Anteile nicht in privaten Besitz sind. Die durch diese Veränderung für das Reich entstehenden Ausgaben werden aus dem Dispositionsfonds des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaussenministers gedeckt, die eintrocknetlich zur Verfügung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaussenministers stehen. Zwischen dem früheren und dem jetzigen Besitzer sind Verhandlungen, über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden, die der allgemeinen Tendenz des Blattes entsprechen.“

Was ist diese Erklärung anderes als eine Ohrfeige für das Parlament und die mit Recht auf eine völlige Klärung der Angelegenheit bestehende Öffentlichkeit? Aus ihr erfahren wir, daß der Reichsaussenminister und sicher auch der größte Teil der Reichsminister glücklich sechs Monate nach erfolgtem Kauf, daß die Reichsregierung in den Besitz des Verlags der Deutschen Allgemeinen Zeitung gelangt ist. Aus welchen Gründen und mit welchem Recht dieses unrentable und völlig unwirtschaftlich arbeitende Unternehmen von dem Außenminister zu einem Preis von weit über eine Million Mark mit dem Geld der deutschen Steuerzahler erworben worden ist, geht das Parlament und die Öffentlichkeit nach Auffassung des Herrn Strefemann scheinbar immer noch nichts an. Auch daß die für das Reich entstehenden Ausgaben in Form einer monatlichen Subvention von 75 000 bis 80 000 Mark bestehen, ohne daß die Reichsregierung versucht hätte, ihr Unternehmen wirtschaftlich zu gestalten, hat Parlament und Öffentlichkeit nach der Meinung des Herrn Außenministers ebenfalls nicht zu interessieren. Ihnen mag man statt dessen die lächerliche Behauptung vorziehen, daß zwischen den früheren und jetzigen Besitzern eine Vereinbarung über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden ist. Das erklärt man, nachdem erst vor wenigen Tagen von der gleichen amtlichen Stelle veräußert wurde, es sei nie verhandelt worden, auf die unrentable Haltung des Blattes irgendwelchen Einfluß zu gewinnen, und die Redaktion sogar erklärt hat, daß ihr von derartigen Verhandlungen überhaupt nichts bekannt ist. Was ist nun die Wahrheit? Wir haben allen Anlaß, der Redaktion der DAZ, Glauben zu schenken; denn trotzdem das von ihr hergestellte Blatt sich in

dem Besitz des Reiches befindet und monatlich unerhörte Reichssubventionen erhält, hat sie vom April bis heute fröhlich den Kampf gegen die preussische Regierung und gegen die republikanischen Parteien fortgesetzt. Auf ihre systematische Propaganda für die Wenderung der Reichsflagge ist schließlich auch der bekannte Flaggenerlaß des zweiten Kabinetts zurückzuführen. Angeblich ist dieser Verstoß gegen die Reichsverfassung durch zahlreiche Briefe diplomatischer Institutionen im Ausland hervorgerufen worden. Auch über diese Ausrede braucht man sich heute nicht mehr zu wundern, wenn es richtig ist, daß die antirepublikanisch geleitete Deutsche Allgemeine Zeitung täglich in ungefähr 4000 Exemplaren auf Kosten des Auswärtigen Amtes den ausländischen Missionen des Deutschen Reiches übermittelt wird. Es ist also festzustellen, daß die republikanische Reichsregierung nicht nur gesäumt hat, von einer ohne Grund und ohne Recht aufgekauften Zeitung einen entschieden republikanischen Kurs zu verlangen, sondern im Gegensatz zu ihrer verfassungsmäßigen Pflicht dieses Organ auch noch benutzte, um in deutschnationalem Sinne nach außen zu wirken.

Wir wollen hier nicht auch noch die Frage untersuchen, wieviel Exemplare von dem angeblichen Abonnementsbestand der von Monarchisten und ehemaligen Offizieren geleiteten Deutschen Allgemeinen Zeitung überkauft gratis auf Kosten des Reiches an Prinz und Prinz vertriebt werden. Das wird Aufgabe des Reichstags sein. Man hat ihm geflissentlich den Ankauf der Deutschen Allgemeinen Zeitung verschwiegen, um seinen Einfluß und sein Kontrollrecht auszuklammeln; denn darüber war sich zweifellos der Außenminister und vor allem auch der Parteiführer Strefemann klar, daß die Sozialdemokratie nie einen Augenblick die Zeitung einer reichseigenen Zeitung im Sinne der Volkspartei oder gar der Deutschnationalen geduldet hätte. Auch von diesem Gesichtspunkt aus wird sich das Plenum des Reichstags mit diesem unerhörten Vorfall zu beschäftigen haben. Der Dispositionsfonds des Reichskanzlers und des Außenministers ist schließlich nicht dafür da, daß im Stillen hinter dem Rücken des Reichstags von dem Gelde der Steuerzahler Zeitungen aufgekauft werden, die unter dem Anschein, eine bestimmte Richtung der Reichspolitik zu vertreten, in Wirklichkeit nichts anderes sind als Organe einer bestimmten Partei.

Schluß mit dem Skandal!

Der Skandal um Herrn Strefemann wird immer ärger. Er hat nehm und hinterherum eine bankrotte Zeitung für das Reich angekauft, sagt der Zeitung dieser Zeitung nichts davon, so daß diese Zeitung unverblümt gegen Republik und preussische sozialistische Minister (besonders Severing) heult und wühlt. In der Spitze der Deutschen Allgemeinen Zeitung steht heute folgende Erklärung:

„Verlag und Redaktion stellen fest: Von finanziellen Zusammenhängen zwischen Zeitung und amtlichen Stellen über irgendwelche Bindungen an solche Stellen wie uns wieder nichts bekannt.“

Strefemanns Verhalten wird immer unbearbeitlicher. Ist er denn nervenkrank? Was treibt er denn da? Die Presse aller Schattierungen nimmt gegen ihn Stellung, auch die der Regierungsparteien. Das Zentrumorgan Germania rüffelt